

Dominik Geppert

Intellektuelle und Antikommunismus

Der Kongress für Kulturelle Freiheit und die Gruppe 47

Wenn man Intellektuelle für allein der Rationalität verpflichtete Sachwalter des Allgemeinwohls hält und Antikommunismus mit einem geistig anspruchslosen, ideologischen Appell an Ängste und Emotionen identifiziert, dann bilden die beiden Begriffe ‚Intellektuelle‘ und ‚Antikommunismus‘ ein Gegensatzpaar. Eine solche Sichtweise ist zwar nicht ungewöhnlich, wäre aber einem allzu positiv aufgeladenen, normativen Intellektuellenbegriff verhaftet. Gleichzeitig verstünde sie antikommunistische Ideologie schlichtweg als falsches Bewusstsein, was bei der geschichtswissenschaftlichen Erforschung des Phänomens kaum weiter führt. Denn in der historischen Realität Mitte des 20. Jahrhunderts waren Intellektuelle und Antikommunismus keineswegs Gegensätze. Vielmehr übte der Antikommunismus eine Zeitlang erhebliche Anziehungskraft und Faszination auf Intellektuelle aus – und zwar nicht nur auf rechte oder konservative Intellektuelle, sondern auch auf solche, die sich selbst als Liberale, Linke oder gar als Sozialisten bezeichneten¹.

Das wohl bekannteste Beispiel für einen Antikommunismus linksliberaler Intellektueller aus der Frühphase des Kalten Krieges ist der Kongress für kulturelle Freiheit, ‚Congress for Cultural Freedom‘ (CCF). Er hatte erstmals ein Jahr nach dem Ende der Luftbrücke im geteilten Berlin getagt und war von einem international zusammengesetzten Komitee veranstaltet worden, das hauptsächlich mit antikommunistisch gesinnten Intellektuellen aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten bestückt war. Darunter befanden sich so illustre Namen wie Arthur Koestler, Manès Sperber, Ignazio Silone und Raymond Aron. Aus Amerika kamen unter anderem der Philosoph Sidney Hook, der Publizist James Burnham und der Historiker Arthur M. Schlesinger jun. Zur britischen Delegation gehörten der Historiker Hugh Trevor-Roper, der Schriftsteller Stephen Spender und der Philosoph Alfred Jules Ayer. Frankreich war außer durch Aron unter anderem durch den sozialistischen Politiker André Philip und die Schriftsteller André Malraux, Jules Romain und David Rousset vertreten. Zu den Abgesandten aus Italien zählten neben Silone auch der Politiker Altiero Spinelli und der Philosoph Franco Lombardi. Aus Deutschland nahmen beispielsweise der Philosoph Karl Jaspers, der Schriftsteller Theodor Plievier sowie der Soziologe und Historiker Franz Borkenau teil; Ernst Reuter (SPD) war als Regierender Bürgermeister Berlins ebenfalls anwesend. In den folgenden knapp zwei Jahrzehnten finanzierte und organisierte der CCF durch sein Sekretariat in Paris neben wissenschaftlichen Tagungen eine ganze Reihe anspruchsvoller Kulturzeitschriften: ‚Der Monat‘ in Deutschland, ‚Tempo Presente‘ in Italien, ‚Preuves‘ in Frankreich, ‚Forum‘ in Österreich und ‚Encounter‘ in Großbritannien. Die Geschichte des Kongresses, gerade auch

¹ Das Spannungsverhältnis zwischen den intellektuellen und anti-intellektuellen Facetten des Antikommunismus thematisiert zum Beispiel Faulenbach, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“, S. 1-13, bes. S. 2f.

seine Finanzierung durch den amerikanischen Geheimdienst, ist mittlerweile gut erforscht. Es existieren allein sechs große wissenschaftliche Monographien auf Deutsch, Französisch und Englisch². Hinzu kommen zahlreiche Aufsätze, teils von den beteiligten Akteuren, teils von Historikern verfasst³.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf das Verhältnis von Intellektuellen und Antikommunismus im CCF und betrachtet zu diesem Zweck zwei Aspekte der Kongress-Geschichte intensiver, die gegenüber der CIA-Verstrickung häufig ins Hintertreffen geraten sind. Zum einen beleuchtet er die in die Zwischenkriegszeit zurückreichenden Traditionslinien des intellektuellen Antikommunismus nach 1945, die der amerikanische Historiker Udi Greenberg in etwas anderem Zusammenhang jüngst als die Weimarer Wurzeln der Denkgebäude des Kalten Krieges bezeichnet hat⁴. Zum anderen identifiziert er unterschiedliche Strömungen des intellektuellen Antikommunismus innerhalb des CCF und analysiert die sich im Zeitverlauf der 1950er und 1960er Jahre verschiebende politische und ideologische Akzentsetzung innerhalb des Kongresses. Dabei wird deutlich werden, dass sich schon bald der Schwerpunkt vom anfänglich dominierenden radikal-polarisierenden Antikommunismus zur gemäßigteren Variante eines stärker konsensorientierten intellektuellen Antikommunismus verschob. Um diese beiden Punkte genauer in den Blick zu nehmen, werden die antikommunistischen Intellektuellen im Kongress für kulturelle Freiheit mit einer anderen Gruppe von Intellektuellen in Beziehung gesetzt, deren Zusammenschluss mitunter fast als Synonym für *die* linken Intellektuellen der Bundesrepublik verwendet wird, die aber selten als dezidiert antikommunistische Intellektuelle gesehen werden: nämlich die Gruppe 47⁵.

I. Der Kongress für Kulturelle Freiheit und die Gruppe 47

Auf den ersten Blick gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen dem CCF und der Gruppe 47. Beide sind in der Frühphase des Kalten Krieges entstanden. Die Gruppe 47 kam, wie der Name schon sagt, erstmals 1947 zusammen, der Kongress 1950. Beide sind aus Zeitschriftenprojekten hervorgegangen. Die Gruppe 47 war in gewisser Hinsicht die literarische Fortsetzung jener schon 1949 wieder eingestellten ‚Unabhängigen Blätter der Jungen Generation‘, welche die beiden Schriftsteller Hans Werner Richter und Alfred Andersch unter dem Titel ‚Der Ruf‘ redigierten⁶. Der publizistische Wegbereiter des CCF war die Zeitschrift ‚Der Monat‘, den Melvin Lasky seit 1948 herausgab⁷. Die Gruppe 47 wie der Kongress für kulturelle Freiheit organisierten Tagungen und Seminare, auf denen wichtige Zeitfragen erörtert wurden. Beide ver-

² Vgl. Coleman, The Liberal Conspiracy; Grémion, Intelligence de l'anticommunisme; Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?; Saunders, Who Paid the Piper?; Scott-Smith, The Politics of Apolitical Culture; Wilford, The CIA.

³ Vgl. etwa Laqueur, Der Kongress für kulturelle Freiheit, S. 75–91; Wilford, ‚Unwitting Assets?‘, S. 42–60; Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen, S. 155–176.

⁴ Vgl. Greenberg, Germany's Postwar Re-education, S. 10–32.

⁵ Siehe zuletzt den Überblick von Arnold, Die Gruppe 47.

⁶ Siehe Vaillant, Der Ruf.

⁷ Vgl. Scott-Smith, ‚A Radical Democratic Political Offensive‘, S. 263–280.

standen sich als Zusammenschluss von Intellektuellen, die mit deren klassischen Mitteln – also mit Aufrufen und Manifesten – in den politischen Raum hinein wirkten. Beide verfolgten, ausgesprochen oder unausgesprochen, einen selbst gestellten demokratischen Erziehungsauftrag. Beide wandten sich gegen kulturellen Eskapismus und eine nostalgische Flucht in eine verklärte Vergangenheit. Beide gerieten schließlich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in die Krise, zerstritten sich untereinander über die Haltung zum Vietnamkrieg und zur ‚Neuen Linken‘ und lösten sich schließlich auf. Die Gruppe 47 zerfiel nach der Tagung in der Pulvermühle 1967⁸. Der CCF brach nicht zuletzt aufgrund des öffentlichen Skandals über seine Finanzierung durch die CIA in den Jahren nach 1967 auseinander⁹.

Anders als der von Anfang an bewusst international aufgestellte CCF, der an T.S. Eliots Idee eines Nationen übergreifenden Netzwerks europäischer Kulturzeitschriften anknüpfte¹⁰, waren die Anfänge des ‚Ruf‘ und der Gruppe 47 betont deutsch, ja provinziell. Zwar richteten Andersch und Richter in ihrer Zeitschrift glühende Appelle an eine nicht näher bestimmte europäische Jugend¹¹, im thematischen Zuschnitt, in der geistigen Ausrichtung und der organisatorischen Reichweite blieb ihre publizistische und künstlerische Arbeit jedoch zunächst weitestgehend im deutschen Kontext verhaftet. Nicht zufällig tagten die Schriftsteller der Gruppe 47 in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren zumeist in Gasthöfen und Landschulheimen in der west- und süddeutschen Provinz. Erst 1954 reisten sie einmal nach Italien, genauer gesagt nach Cap Circeo, hundert Kilometer südlich von Rom. 1964 ging es nach Sigtuna in Schweden und zwei Jahre später über den Atlantik zu der wegen des amerikanischen Vietnamkrieges heftig umstrittenen Tagung in Princeton.

Ein mindestens ebenso wichtiger Unterschied zwischen den beiden Gruppierungen ist in ihrem ganz verschieden gearteten Verständnis von Sozialismus und Demokratie zu sehen und in den konträren Auffassungen darüber, welchen Ort das Deutschland nach Hitler in der Welt einzunehmen habe. Hans Werner Richter und Alfred Andersch huldigten im ‚Ruf‘ der Vision eines humanitären Sozialismus in einem neutralen Deutschland, das als Brücke zwischen Ost und West, zwischen sowjetischem Kommunismus und amerikanischem Kapitalismus dienen sollte; an dieser Perspektive hielten sie auch nach ihrem Ausscheiden aus der Zeitschrift zunächst fest¹². Ihre Hoffnungen richteten sich auf ein demokratisches und sozialistisches Europa, das die Exzesse sowohl des Nationalismus als auch des Kapitalismus hinter sich lassen und gleichzeitig die Fehler der kommunistischen Diktatur nicht wiederholen würde. Sie forderten einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit, bei dem es nicht nur darum gehen sollte, die Reste des Nationalsozialismus, sondern auch Kapitalismus und liberale Demokratie zu überwinden, hatten letztere doch ihrer Ansicht nach die faschistische Diktatur erst möglich gemacht. Die soziale Kraft, die hinter dieser Revolution stehen sollte, war für Richter und Andersch die junge Generation, die unter der Naziherrschaft aufgewachsen war und einerseits die totalitäre Diktatur verabscheute,

⁸ Siehe etwa Arnold, Ein kritischer Grundriß, S. 251–285.

⁹ Siehe zum Beispiel Wilford, The CIA.

¹⁰ Vgl. Eliot, Die Einheit; siehe Scott-Smith, ‚A Radical Democratic Political Offensive‘, S. 274.

¹¹ Siehe etwa Andersch, Das junge Europa formt sein Gesicht, S. 19–25.

¹² Siehe hierzu und zum Folgenden Geppert, Bridge over Troubled Water.

andererseits aber auch keinerlei Sympathien für Kapitalismus oder Liberalismus hegte, die sie nie kennengelernt hatte.

Im Gegensatz zum ‚Ruf‘ stand der ‚Monat‘ hingegen von Beginn an unter dem Prinzip des Antikommunismus und verfocht den Standpunkt, dass Deutschland als Teil Europas zu einer westlichen Kultur- und Wertegemeinschaft gehören oder zumindest wieder gehören solle, die sich fundamental und sozusagen unüberbrückbar vom östlichen Bolschewismus sowjetischer Prägung unterschied und gegen dessen Herrschaftsansprüche verteidigt werden musste – nicht nur politisch-militärisch, sondern gerade auch geistig-intellektuell¹³. Ganz in diesem Sinne sah der Kongress für kulturelle Freiheit seine Aufgabe darin, die europäischen Intellektuellen um einen antitotalitären Konsens zu versammeln, der auf den Grundwerten der Gedankenfreiheit und des freien Meinungsaustausches beruhte. Anfang der 1950er Jahre, in der ersten Hochphase des Kalten Krieges, hatte dieser antitotalitäre Konsens eindeutig eine viel stärker antikommunistische als antifaschistische Stoßrichtung. Er zielte in erster Linie auf kommunistische *Fellow Travellers* oder Neutralisten unter den europäischen Intellektuellen, die wie Andersch und Richter eine Parteinahme für eine Seite im Ost-West-Gegensatz ablehnten. Nicht umsonst war die Gründungsveranstaltung in Berlin als westliche Antwort auf die ‚Friedenskongresse‘ in Breslau, New York, Paris und Prag konzipiert worden, die 1948 und 1949 im Rahmen der Neutralitätskampagne des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) die Unterstützung vieler Intellektueller in Europa und den USA gefunden hatten.

Einer der führenden Vertreter eines kämpferischen Antikommunismus, der amerikanische Publizist James Burnham, widmete seinen Redebeitrag auf dem Kongress in Berlin ganz und gar der Kritik des Neutralismus. Zwischen „Freiheit und Sklaverei“ sei kein Raum mehr für eine „Dritte Kraft“, argumentierte er¹⁴. Militärisch, wirtschaftlich und politisch sei für Europa ein Beharren auf Neutralität der sicherste Weg zum Verlust seiner Unabhängigkeit, weil es sich aus eigener Kraft, ohne amerikanische Unterstützung, nicht verteidigen und auch nicht ökonomisch gesunden könne. Selbst wenn der Marshallplan eine „Erfindung des amerikanischen Imperialismus“ sei, wie die Kommunisten behaupteten, wäre ein „Imperialismus“, der Europa Waren im Wert von 15 Milliarden Dollar zuführe, einer als „Befreiung“ deklarierten Politik der Sowjetunion vorzuziehen, „die aus dem europäischen Osten Werte in gleicher Höhe herauspresst“. Auch intellektuell hielt Burnham eine Äquidistanz für ausgeschlossen: „Coca-Cola mag ein scheußliches Getränk sein, aber die Scheußlichkeit Katyns oder Kolymas ist von einer anderen Kategorie.“ Er gebe gern zu, dass amerikanische Comics und die amerikanischen Radioprogramme etwas Gräuliches seien; trotzdem gebe er ihnen „vor der NKWD den Vorzug“¹⁵.

In eine ähnliche Richtung zielte Arthur Koestlers These, dass der Gegensatz „rechts oder links“ unter den Verhältnissen des Kalten Krieges seinen Sinn verloren habe. Koestler hatte sieben Jahre lang der KPD angehört, bevor er sich 1937/38 unter dem Eindruck der stalinistischen Säuberungen und Schauprozesse vom Kommunismus abwandte und zum entschiedenen Antikommunisten wurde. Europa, so argumen-

¹³ Vgl. Scott-Smith, ‚A Radical Democratic Political Offensive‘, S. 272.

¹⁴ Burnham, Die Rhetorik des Friedens, S. 454.

¹⁵ Ebenda, S. 453.

tierte er 1950 in Berlin, erlebe eine Art der „sprachlichen Inflation“, die einen „Schwarzen Markt der Sprache“ geschaffen habe, „auf dem Worte zu einem illegalen Kurs gehandelt werden, der grundverschieden von ihrem offiziellen Kurs“ sei. Das gelte nicht nur für den Schwarzhandel mit Begriffen wie „Volksdemokratie“ oder „Friedensoffensive“, sondern auch für etablierte Gegensatzpaare wie „rechts oder links“ und „Sozialismus oder Kapitalismus“. Der Ausdruck „die Linke“ etwa sei zu einem „schädlichen Anachronismus“ geworden, weil er zu der falschen Annahme verführe, dass es eine Art von kontinuierlichem Spektrum zwischen der gemäßigten und der extremen „Linken“ gebe, „eine Geistesverwandtschaft zwischen den fortschrittlichen Liberalen und den Anbetern der Tyrannie und des Terrors“. Nicht mehr Sozialismus oder Kapitalismus, Planung oder Markt, Staatsbesitz oder Privateigentum lauteten die alles entscheidenden Alternativen, sondern „totale Tyrannie gegen relative Freiheit“¹⁶.

Der kämpferische Antikommunismus von Intellektuellen wie Burnham und Koestler ging einher mit Forderungen nach einer geistigen Befreiungspolitik, einem intellektuellen *Rollback avant la lettre*, wenn man so will. Burnham etwa kritisierte in seiner Berliner Rede die Neutralisten gerade auch dafür, dass sie sich nicht um das Schicksal der osteuropäischen Nationen unter sowjetischer Herrschaft scherten. Was halte man wohl in Städten wie Warschau, Kiew, Riga, Bukarest, Prag, Leipzig, Budapest oder Leningrad von dem Bemühen, „die europäischen Werte durch Neutralität gegen die vereinten Angriffe Washingtons und Moskaus zu verteidigen“?, fragte er rhetorisch¹⁷. Burnham selbst beließ es nicht bei bloßen Worten. Er plante vielmehr mit polnischen Exilanten aus dem Kreis um die Zeitschrift ‚Kultura‘, irgendwo in Westeuropa eine Universität für Emigranten aus Osteuropa aufzubauen. Dabei ging es ihm nicht um ein wissenschaftliches Unternehmen: „If what you have in mind is a long-term, rather academic and ‘objective’ institution“, schrieb er an den polnischen Maler und Kunstkritiker Jozef Czapski, „it has little interest for me. [...] But a center which would be in effect an institutional weapon in the war, and a training ground for the liberation of Eastern Europe would be another matter.“¹⁸

Der leidenschaftliche, kämpferische und manichäische Antikommunismus à la Koestler und Burnham mit seiner unerbittlichen Stoßrichtung gegen *Fellow Travellers* und Neutralisten lässt sich über Stalins Tod 1953 hinaus in der Publizistik des Kongresses finden. So polemisierte beispielsweise im Frühjahr 1958 Friedrich Torberg in der österreichischen Schwesterzeitschrift des ‚Monat‘, dem ‚Forum‘, in ätzender Schärfe gegen die Anti-Atomtod-Proteste linksliberaler deutscher Intellektueller um Hans Werner Richter und den von ihm 1956 gegründeten Grünwalder Kreis.¹⁹ Der österreichische Schriftsteller warf den Protestierern vor, sie unterschätzten die tödliche Gefahr, die weiterhin von der Sowjetunion ausgehe. Die gegen die Atomrüstung opponierenden Intellektuellen erinnerten ihn an einen „umgekehrte[n] Don Quichotte, der den Riesen für eine Windmühle hält“. Dem einen oder anderen unterstellte er

¹⁶ Koestler, Das falsche Dilemma, S. 436f., 441.

¹⁷ Burnham, Die Rhetorik des Friedens, S. 453.

¹⁸ Burnham an Czapski, 20.10.1948, zitiert nach: Wiaderny, Der Kongress für kulturelle Freiheit, S. 58.

¹⁹ Siehe dazu Geppert, Alternativen zum Adenauerstaat, S. 141–152.

sogar, er ziele auf den „Abschluß einer kleinen Rückversicherungspolizze [sic] [...] für den Fall der Fälle, man weiß ja nie, was kommt“. Der Artikel schloss mit der Bemerkung, die Parole „Lieber tot als Sklav!“ sei „ungleich anspruchsvoller“ als die Parole „Gegen den Atomtod!“²⁰.

II. Traditionslinien des intellektuellen Antikommunismus

Vor dem Hintergrund derartiger Polemiken und angesichts der über ein Jahrzehnt zurückreichenden Frontstellung des Kongresses gegen den Neutralismus mag es verwundern, dass Hans Werner Richter keine zwei Jahre später, im März 1960, ernsthaft darüber nachdachte, mit dem Kongress für kulturelle Freiheit zu kooperieren, um eine deutsch-amerikanische Stiftung ins Leben zu rufen, die er „1848-Gedächtnis-Stiftung“ nennen wollte²¹. Dieser bemerkenswerte Plan – aus dem freilich ebenso wenig etwas wurde wie aus der Stiftung selbst – war kein Einfallsblitz aus heiterem Himmel. Schon anlässlich der Berliner Tagung der Gruppe 47 im Haus am Rupenhorn Mitte Mai 1955 hatten die Schriftsteller auf Einladung von Lasky die Redaktion des „Monat“ besucht²². Im Frühjahr 1956 nahm die Hamburger Regionalgruppe des CCF mit dem Grünwalder Kreis Kontakt auf. Man plante eine enge Kooperation, und einige Mitglieder des Hamburger CCF nahmen tatsächlich auch an der einen oder anderen Veranstaltung des Grünwalder Kreises teil²³. Drei Jahre später, im April 1959, traf sich Richter mit Walter Hasenclever, damals Mitarbeiter des „Monat“ und später, ab 1963, Geschäftsführer und Programmleiter des von Walter Höllerer initiierten Literarischen Colloquiums in Berlin. Man verstand sich glänzend, versicherte einander gegenseitiger Wertschätzung und Sympathie und vereinbarte, künftig zusammenzuarbeiten. Nicht zufällig lief Richters Anfrage wegen der deutsch-amerikanischen Stiftung über Hasenclever.

Wie kam es zu diesen Kontakten? Wie ist die bemerkenswerte Kehrtwendung zu erklären? Zwei Gründe sollen im Folgenden etwas genauer betrachtet werden, weil sie wichtige Hinweise über die geistigen Verbindungslinien zur Zwischenkriegszeit als auch hinsichtlich der eingangs erwähnten verschiedenen Strömungen innerhalb des CCF und dessen Veränderung im Verlauf der 1950er Jahre geben.

Der erste Grund für die Annäherung des CCF an Männer wie Hans Werner Richter ist darin zu sehen, dass man, zumindest teilweise, denselben intellektuellen Traditionslinien entstammte und ähnliche biographische Erfahrungen gemacht hatte. Wie Hans Werner Richter waren auch Zentralfiguren des CCF in den 1920er und frühen 1930er Jahren selbst Kommunisten gewesen. Das galt für Koestler, Burnham, Sperber, Silone und Lasky ebenso wie für Plievier oder Borkenau²⁴. Auch die Stationen der Desillusionierung und schließlich der enttäuschten Abwendung vom kommunistischen „Gott, der keiner war“ ähnelten einander: die erbarmungslose Verfolgung von Abweichlern

²⁰ Torberg, „Fast das ganze geistige Deutschland...“, S. 167.

²¹ Richter an Hasenclever, 26. 3. 1960, abgedruckt in: Cofalla, Briefe, S. 301 f.

²² Vgl. Böttiger, Die Gruppe 47, S. 217.

²³ Siehe Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 428 f.

²⁴ Siehe Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen.

innerhalb und außerhalb der Sowjetunion, die kommunistischen Säuberungen linker Gruppierungen im Spanischen Bürgerkrieg, der Große Terror und die Schauprozesse in Moskau 1936 bis 1938 und schließlich der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939²⁵.

Schon Zeitgenossen haben behauptet, der leidenschaftliche Hass und die ideologische Unerbittlichkeit, mit denen Männer wie Koestler oder Burnham dem Kommunismus entgegengestanden, sei die typische Überreaktion kommunistischer Konvertiten gewesen, die nicht anders als in den Kategorien von Schwarz und Weiß denken könnten. Er sehe sich in seiner Ansicht bestärkt, schrieb der britische Historiker Hugh Trevor-Roper, der selbst am Kongress in Berlin teilgenommen hatte, „dass eine befriedigende Lösung von denjenigen kommen wird, die jenen obskuranistischen Unsinn, dessen Bodensatz nie ganz aus dem System ausgeschieden werden kann, nie geschluckt haben und somit auch nicht erbrechen mussten“²⁶. Dieser Erklärungsansatz kann nicht komplett überzeugen, denn es gab Exkommunisten, die anders reagierten und die Verteidigung der Freiheit eher über die Initiierung eines transnationalen intellektuellen Dialogs als durch die direkte Konfrontation mit dem Kommunismus erreichen wollten. Daniela Muraca hat jüngst Ignazio Silone als führenden Repräsentanten dieser Richtung charakterisiert und zwischen einer Koestler- und einer Silone-Strömung im CCF unterschieden²⁷.

Hilfreicher ist die Beobachtung, dass viele exkommunistische Mitglieder des CCF in den 1930er Jahren keine Stalinisten gewesen waren, sondern Trotzkisten. Das gilt beispielsweise für Burnham und Lasky, aber auch für Sidney Hook und Irving Kristol aus der trotzkistischen Intellektuellenszene um die New Yorker Zeitschrift „Partisan Review“²⁸. David Rousset war 1935 wegen „Trotzkismus“ aus der französischen sozialistischen Partei, der *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) ausgeschlossen worden und hatte im Jahr darauf die trotzkistische *Parti ouvrier internationaliste* (POI) mit aus der Taufe gehoben. Sie alle hatten zwar in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre nicht nur dem Trotzkismus, sondern auch dem Sozialismus längst den Rücken gekehrt. Aber ihre trotzkistischen Wurzeln sind wichtig, weil sie sowohl den elitären Grundzug des CCF erklären helfen als auch die Wertschätzung der Kultur – nicht um ihrer selbst willen, sondern als Vehikel politischer Agitation und sozialer Emanzipation, gleichsam als subversive Ergänzung der Politik, als Fortführung der Politik mit anderen Mitteln. „Art, like science, not only does not seek orders, but by its very essence, cannot tolerate them“, hatte Trotzki 1938 in der „Partisan Review“ geschrieben. Und weiter heißt es in dem Artikel: „Truly intellectual creation is incompatible with lies, hypocrisy and the spirit of conformity.“²⁹

Hans Werner Richter, der 1932 als „trotzkistischer Abweichler“ aus der deutschen KP ausgeschlossen worden war, ist ebenfalls zu den Verfechtern einer derartigen Elitenpolitik zu zählen, bei der einer Avantgarde von Gleichgesinnten ein besonderer Erziehungsauftrag zukommen sollte und bei der die Kultur für letztlich politische Zwecke in den Dienst genommen wurde – oder anders ausgedrückt: bei der Politik

²⁵ Siehe Crossman, The God that Failed; für Richter siehe Cofalla, Briefe, S. 49–67, 83f.

²⁶ Zitiert nach: Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen, S. 166.

²⁷ Vgl. Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen.

²⁸ Vgl. Wald, The New York Intellectuals.

²⁹ Zitiert nach: Scott-Smith, „A Radical Democratic Political Offensive“, S. 268.

und Kultur in eins gesetzt wurden. So ließe sich jedenfalls seine Motivation als Initiator und *spiritus rector* der Gruppe 47 erklären. Richter sah deren Erfolgsgeheimnis in einem Prinzip des indirekten Einflusses. „Man lässt Texte lesen“, heißt es dazu im Herbst 1966 in seinem Tagebuch, „man lässt sie kritisieren. Es ist unwichtig, ob die Texte etwas besser oder schlechter sind, ob die Kritik brillant oder nicht brillant ist, es entsteht, so oder so, Kommunikation, es entsteht, setzt man dies Jahr für Jahr fort, ein literarisches Zentrum, ein literarischer Existenzmittelpunkt, es entsteht das, was ich den indirekten Einfluss nenne. Er muss sich – in einer demokratischen Gesellschaft – auch politisch auswirken. Dieser Einfluss ist unmerklich, kaum wahrnehmbar. Dennoch bewirkt er mehr als alle Programme, alle Manifeste, mehr als jeder Versuch unmittelbar Einfluß zu nehmen.“³⁰

III. Wandlungen des intellektuellen Antikommunismus

Die gemeinsamen weltanschaulichen Wurzeln im Kommunismus beziehungsweise im Trotzkismus erklären jedoch nur die ähnlichen *Methoden* politischer Einflussnahme, nicht die *inhaltliche* Annäherung von CCF und Richters politisch-literarischen Aktivitäten in der Gruppe 47, im Grünwalder Kreis und in der Initiative ‚Kampf dem Atomtod‘. Um diese inhaltliche Annäherung zu verstehen, muss man bedenken, dass die gegensätzlichen Positionen der Neutralisten und der Antikommunisten aus den späten 1940er und frühen 1950er Jahren nicht in Stein gemeißelt waren. Die Hochphase neutralistischer Visionen, denen auch Richter und Andersch im ‚Ruf‘ angehingen hatten, ging bereits 1947 ihrem Ende entgegen. Schon zur Jahreswende 1947/48 war die Mehrzahl der westdeutschen Intellektuellen auf eine mehr oder weniger deutlich antikommunistische und prowestliche Linie eingeschwankt. Bei dem zweiten deutschen Schriftstellerkongress, der im August 1948 in Frankfurt am Main, unweit des amerikanischen Hauptquartiers, zusammenkam und an dem auch Hans Werner Richter teilnahm, dominierte bereits ein liberaldemokratischer, antitotalitärer Freiheitsbegriff³¹.

Richters schrittweise mentale Ankunft in der Bundesrepublik und seine Wandlung vom Neutralisten und Gegner des ‚Adenauer-Staates‘ in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren hin zum parteipolitischen Engagement für Willy Brandts Sozialdemokratie kann hier nur in groben Zügen umrissen werden. Zentral war eine veränderte Einstellung zur Parteipolitik und insbesondere zur SPD. Sein Engagement für die Sozialdemokratie begann in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre mit dem Grünwalder Kreis und gipfelte in der Wahlkampfhilfe vieler Schriftsteller der Gruppe 47 für die SPD in den Bundestagswahlkämpfen 1961, 1965, 1969 und 1972³². Mit der Annäherung an die Bundesrepublik ging auch eine Veränderung des Selbstverständnisses als Intellektueller einher. Diese führte weg von der Parteienkapsis der Weimarer Zeit und von der traditionellen prinzipienbewussten Distanz zu den Sphären von Macht und Herrschaft hin zur Republik, nicht nur als abstrakte Idee, sondern als

³⁰ Tagebuch, 1. 10. 1966; zitiert nach: Geppert, Hans Werner Richter, S. 217.

³¹ Vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 144f.

³² Vgl. Geppert, Von der Staatsskapsis zum parteipolitischen Engagement.

notwendigerweise unvollkommene Wirklichkeit. Über die mühsame und spannungsreiche Annäherung an die SPD gelangte ein Intellektueller wie Richter damit letztlich auch zu einer Anerkennung des politischen Systems der Bundesrepublik.

Mit Blick auf die Gruppe 47 ließe sich die These vertreten, dass den antikommunistischen Aufwallungen in der Folge des Mauerbaus zwar keine auslösende, aber doch eine wichtige katalytische Wirkung in diesem Prozess der systemkonformen Politisierung zukam. Die organisatorische Trennung von politischen und literarischen Aktivitäten der Gruppe 47, so könnte man argumentieren, endete mit dem Mauerbau im Sommer 1961. Durch das Engagement gegen die Atombewaffnung waren einige ihrer Mitglieder zwar schon zuvor politisiert worden, aber eben außerhalb der Gruppe 47: im Grünwalder Kreis, in der Initiative ‚Kampf dem Atomtod‘. Spätestens seit dem Welterfolg von Grass‘ ‚Blechtrommel‘ 1959 war der Gruppenname auch einer breiteren Öffentlichkeit ein Begriff. Mit dem Mauerbau kam die persönliche Betroffenheit von in Berlin lebenden Gruppenmitgliedern wie Wolfdietrich Schnurre und Günter Grass sowie von Richter selbst hinzu, dessen Familie in Bansin auf Usedom lebte. Schnurre und Grass richteten an den Schriftstellerverband der DDR die Forderung, zum Bau der Mauer nicht zu schweigen: „Wer den Beruf des Schriftstellers wählt, muss zu Wort kommen, und sei es nur durch ein lautes Verkünden, er werde am Sprechen gehindert.“³³ Richter verfasste einen Brief an Chruschtschow und beschuldigte SED-Chef Walter Ulbricht, die Menschenrechte zu verletzen, den Frieden zu gefährden und gegen die Grundsätze des Sozialismus zu verstößen³⁴.

Nach dem Mauerbau ging es Richter um eine stärkere Politisierung der Gruppe 47. Dem WDR-Redakteur Roland Wiegenstein schrieb er, er wolle wieder „eine auch politisch engagierte Gruppe haben“. Angesichts der Mauer sei ihm „eine nur literarische Gruppe ein Greuel“³⁵. In ähnlichem Ton wandte er sich auch an Schnurre: „Wir können diese Dinge [gemeint war der Mauerbau, D.G.] nicht hinnehmen. Auch in den nächsten Monaten werden wir uns immer wieder zu Wort melden müssen. [...]“ Günter Grass meinte, bevor ich abfuhr: Jetzt muss die Gruppe strapaziert werden. Ja, wir werden sie strapazieren.“³⁶ Anfangs blieb das Engagement durchaus noch gewissen überkommenen Denkmustern der Äquidistanz und des Neutralismus verhaftet. So forderten etwa zahlreiche Mitglieder der Gruppe 47 die UNO in einem offenen Brief auf, ihren Sitz nach Berlin zu verlegen, um nach dem Mauerbau die Sicherheit der geteilten Stadt zu gewährleisten³⁷. Auch in dem Band ‚Die Mauer oder der 13. August‘, den Richter im Herbst 1961 herausgab, spiegelt sich das Bemühen, auf keinen Fall in eine Rhetorik des Kalten Krieges zu verfallen. Das Buch liege ihm wie ein Stein auf der Brust, schrieb Richter damals an Fritz J. Raddatz. Es sei ihm, als schleppe er die ganze Mauer mit sich herum, „auf meinem Rücken sozusagen und oben auf der Mauer sitzt Schnurre [der schärfste Kritiker des Mauerbaus aus den Reihen der Gruppe 47, D.G.] und hört nicht auf zu schreien. Das macht mich ganz verrückt. Ich schlafte schon schlecht und in meinen Träumen sitzt mir dann Schnurre in einem Ohr

³³ Abgedruckt in: Richter, Die Mauer, S. 65f.

³⁴ Abgedruckt in: ebenda, S. 120–123.

³⁵ Richter an Wiegenstein, 26. 9. 1961, abgedruckt in: Cofalla, Briefe, S. 368.

³⁶ Richter an Schnurre, 26. 9. 1961, in: ebenda, S. 362f.

³⁷ Abgedruckt in: Lettau, Die Gruppe 47, S. 455–458.

und Hermlin [als Sprecher der DDR-konformen Schriftsteller, D.G.] in dem anderen und meine Familie sitzt im Gefängnis und das ‚Gewissen der Nation‘ ist geplatzt“³⁸.

Solchen Gewissensnöten zum Trotz bleibt festzuhalten, dass sich Richter und mit ihm beträchtliche Teile der Gruppe 47 infolge der Mauerkrise eindeutig für den Westen und gegen das SED-Regime aussprachen, insofern also eine klar antikommunistische Position bezogen. Was die Mauer anbetrifft, schrieb Richter an den Publizisten Gerhard Schoenberner, so sei sie „ein Rudiment stalinistischer Politik, wie Ulbricht sowohl in seiner Strategie wie in seiner Taktik immer ein Anhänger Stalins war und bleiben wird. Nach meiner Ansicht muss sowohl die Mauer wie Ulbricht weg.“³⁹ Das begeisterte Engagement Richters und anderer für Willy Brandt und dessen ‚Neue Ostpolitik‘, so ließe sich formulieren, ist gerade auch darauf zurückzuführen, dass ein ‚Wandel durch Annäherung‘ gleichsam eine Brücke schlug zwischen den gesamtdeutsch-sozialistischen Neutralitätsvisionen der späten 1940er Jahre und der mittlerweile als immer positiver anerkannten Verankerung der Bundesrepublik im Westen.

Die Person Willy Brandts führt zum Kongress für kulturelle Freiheit zurück. Denn jener war neben Carlo Schmid eines der sozialdemokratischen Aushängeschilder des Kongresses. In seinem Umfeld als Regierender Bürgermeister von West-Berlin befanden sich zahlreiche Mitglieder aus verschiedenen Regionalbüros des CCF: etwa der Redenschreiber Klaus Harpprecht aus Köln oder Siegfried Lenz aus Hamburg (letzterer bildete eine weitere direkte personelle Brücke zur Gruppe 47). Schon bald nach dem Mauerbau, im September 1961, entwickelten Brandt und sein engster Berater Egon Bahr in einem Treffen mit verschiedenen Mitarbeitern des ‚Monat‘ erste politische Konsequenzen aus der Abriegelung der innerstädtischen Grenze, bei denen es sowohl um die Wiederherstellung der Freizügigkeit innerhalb der Stadt ging als auch um die Akzeptanz West-Berlins als integraler Bestandteil der Bundesrepublik: wenn man so will, eine konzeptionelle Keimzelle der Strategie des ‚Wandels durch Annäherung‘⁴⁰.

Diese Überlegungen stellten keinen deutschen Sonderweg innerhalb des CCF dar, sondern bewegten sich auf der Generallinie des Pariser Sekretariats. Der Wandel macht deutlich, dass die 1950er Jahre auch am Kongress für kulturelle Freiheit nicht spurlos vorübergegangen waren. Pointiert gesagt: Die Silone-Linie intellektuellen Austausches hatte sich gegen die Koestler-Linie eines kämpferischen Antikommunismus durchgesetzt⁴¹. Nicht zufällig war Koestler selbst schon im Sommer 1951 aus dem CCF ausgeschieden – mit der bezeichnenden Begründung, was als „politische Kraft gegründet“ worden sei, habe sich „in eine verweichlichte Kunstbewegung verwandelt“⁴². Die Veränderung der Tonlage wie der inhaltlichen Schwerpunkte hatte eine Reihe von Gründen: den Tod Stalins, den Niedergang der Weltfriedensbewegung, das in den Aufständen in Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn 1953 und 1956 deutlich werdende Legitimationsdefizit der kommunistischen Herr-

³⁸ Richter an Raddatz, 7.11.1961, in: Cofalla, Briefe, S. 376.

³⁹ Richter an Schoenberner, 16.11.1961, in: Cofalla, Briefe, S. 383f.

⁴⁰ Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 522f.

⁴¹ Vgl. Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen.

⁴² Zitiert nach: ebenda, S. 169.

schaft in Ostmitteleuropa, die Marginalisierung der Kommunistischen Parteien in Westeuropa (sogar in ihren Hochburgen Frankreich und Italien), die Transformation der westeuropäischen gemäßigten Linken in „Volksparteien modernen Typs“ (Hochgeschwender) und ganz allgemein das sich ausbreitende Gefühl, der Westen habe den Kalten Krieg der Ideen gegen den Osten gewonnen und die westlichen Gesellschaften besäßen nun überzeugende Antworten auf die ideologischen wie praktischen Herausforderungen durch den Marxismus bolschewistischer Spielart. Nicht mehr Koestlers „totale Tyrannie gegen relative Freiheit“ war die Lösung, sondern die These vom „Ende der Ideologien“, die auf der berühmten Mailänder Großtagung des CCF 1955 verhandelt wurde⁴³.

Dadurch verschoben sich für den CCF die Akzente innerhalb des Antitotalitarismus: weg von der alleinigen Konzentration auf den Antikommunismus, hin zu einer neuen Aufmerksamkeit für vermeintliche oder tatsächliche Gefährdungen westlich-liberalen Gedankenguts von rechts. „Refaschisierung“ wurde das damals genannt. Gemeint waren nicht nur Publikationen rechtsextremer Verlage und Autoren als Nährboden für das erneute Wuchern nationalsozialistischer Denkmuster, sondern auch personelle Kontinuitäten zur NS-Zeit in Justiz, Schule und Verwaltung, fortbestehende ideologische Verbindungslinien in Teilen der Schulbuchliteratur, auch die Sorge vor einer Rückkehr zu verhängnisvollen militaristischen Traditionen angesichts des seit Januar 1956 anlaufenden Aufbaus der Bundeswehr. In Gestalt dieser Bedrohungsszenarien ergaben sich zusätzliche Berührungspunkte mit Intellektuellen wie Richter und seinem Grünwalder Kreis, der sich ausdrücklich als „demokratische Feuerwehr“ gegen derartige Tendenzen verstand⁴⁴. Nicht zufällig liefen Richters Kontakte zum CCF über die Regionalbüros in Hamburg, Köln und München, wo diese neue Ausrichtung besonders stark vertreten war. Ein Vertreter des alten kämpferischen Antikommunismus wie Friedrich Torberg hingegen wurde für seine vorhin zitierten Attacken auf Hans Werner Richter von der Zentrale in Paris im Frühjahr 1959 ausdrücklich gerügt und zurückgepfiffen.⁴⁵

Aus der Sicht der Kongress-Zentrale in Paris waren dabei wohl nicht nur die geschilderten Gemeinsamkeiten im Kampf gegen antidemokratische und antiliberalen Gefährdungen von rechts wichtig. Vielmehr dürfte auch die Erkenntnis eine Rolle gespielt haben, dass man vielleicht den Kalten Krieg der Ideen gewonnen hatte, dass aber das intellektuelle *Rollback*, das Männern wie Koestler und Burnham vorgeschwobt hatte, spätestens nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands im Herbst 1956 gescheitert war. Das *Collège d'Europe*, für das Burnham zusammen mit den Exilpolen der Zeitschrift „Kultura“ geworben hatte, stellte 1958 seine Tätigkeit ein⁴⁶. Unter diesen Umständen waren es nicht mehr radikale Antikommunisten wie Burnham und Koestler, die am Engagement für die unterdrückten Völker in Ostmitteleuropa festhielten, sondern ehemalige Neutralisten vom Schlag Hans Werner Richters. So forderte der bereits erwähnte Publizist Gerhard Schoenberner für die Berliner Regionalgruppe des Grünwalder Kreises den Ausbau von Kontakten zu polnischen Schrift-

⁴³ Vgl. Scott-Smith, The Politics of Apolitical Culture.

⁴⁴ Vgl. Geppert, „Kreuzwegqual zwischen Literatur und Politik“, S. 347.

⁴⁵ Vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 493f.

⁴⁶ Vgl. Stöver, Die Befreiung (Kap. 9).

stellern, um damit kritischeren Stimmen in der polnischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen und den Pluralismus in der Volksrepublik zu stärken⁴⁷. Richter selbst warb für die Errichtung sogenannter „fliegender Universitäten für Ostprobleme“ in Form von Vorlesungszyklen und Gastvorträgen zur marxistischen Philosophie und Ökonomie, zum historischen Materialismus, Stalinismus, zur Sowjetunion und DDR an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen⁴⁸. Die Forderung nach verbesserten Informationen über den ‚Feind im Osten‘ schien in der Situation des Jahres 1957 konsensfähig, alles, was darüber hinaus ging – etwa Ernst Noltes Vorschlag einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze –, zunächst noch nicht.

Selbst diese zögerlichen Aktivitäten wurden in Moskau und Ost-Berlin als Bedrohung wahrgenommen. Das geht aus einer umfangreichen Akte des DDR-Staatsicherheitsdienstes über den Grünwalder Kreis hervor⁴⁹. Im Januar 1957 bekam das Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin einen streng vertraulichen Hinweis aus Moskau, den Kreis im Auge zu behalten, weil er womöglich Kontakte „mit solchen Personen aus Polen und der DDR“ aufnehmen wolle, die „eine ‚Liberalisierung‘ anstreben“⁵⁰. Auch Verbindungen mit dem Petöfi-Kreis, einem intellektuellen Zentrum der ungarischen Revolution von 1956, hielt Moskau für möglich. Derartige Beziehungen erschienen in der Situation des Jahres 1957, vor dem Hintergrund des gerade erst blutig niedergeschlagenen Volksaufstandes in Ungarn sowie der vorangegangenen Unruhen in Polen, besonders gefährlich. Die Spionageabwehr des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit bestätigte die Einschätzung der sowjetischen Kollegen. Der Grünwalder Kreis, so glaubte man, strebe danach, „innerhalb des sozialistischen Lagers die Meinungsdifferenzen auszunutzen, um die sogenannte Liberalisierung zu erreichen, die zu einer völligen Aufweichung“ führen solle⁵¹.

IV. Resümee

Abschließend lässt sich somit feststellen, dass es *den* Antikommunismus linker Intellektueller in der Bundesrepublik nicht gab. Er existierte vielmehr in verschiedenen Schattierungen und in verschiedenen Mischungsverhältnissen von Antikommunismus und Antifaschismus. Gleichzeitig bleibt auch zu konstatieren, dass die Polarisierung ‚hier Neutralist, dort Kalter Krieger‘ im Verlauf der 1950er Jahre an Bedeutung verlor und einer größeren Einigkeit in der Verschiedenheit Platz machte. Dazu leistete gerade auch ein antikommunistischer Grundkonsens seinen Beitrag. Ein gemäßigter Antikommunismus, wie ihn Silone oder Aron innerhalb des CCF gegen polarisierende Intellektuelle vom Schlag Koestlers vertraten, war offen für andere Formen des Antikommunismus – auch für solche sozialistischer oder sozialdemokratischer Provenienz, für die Männer wie Hans Werner Richter standen. Ein derart entradikalierter Antikommunismus konnte die Plattform für ein zentristisches intellektuelles

⁴⁷ Vgl. Heesch, Der „Grünwalder Kreis“, S. 59.

⁴⁸ Cofalla, Briefe, S. 247.

⁴⁹ BStU, Mfs-AS, 48/61.

⁵⁰ Ebenda, Bl. 45, Bericht (übersetzt aus dem Russischen), 17.1.1957.

⁵¹ Ebenda, Zitat Bl. 111, Arbeitsgruppe Sicherung I: Einschätzungsbericht, 27.9.1957.

Projekt jenseits der Extreme von rechts und links bilden, das manche Zeitgenossen unter dem Schlagwort vom ‚Ende der Ideologien‘ subsumierten und das Historiker im Rückblick mitunter als ‚Konsensliberalismus‘ beschrieben haben⁵². Auch wer nicht „die Fanfare des Kalten Krieges“ blasen wollte, wie Richter 1961 schrieb, der wusste doch, das James Burnham Recht hatte, wenn er betonte, dass Katyn und Kolyma schrecklicher waren als Coca Cola⁵³.

⁵² Vgl. etwa Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen?, S. 76.

⁵³ Hans Werner Richter an Gerhard Schoenberner, 16. 11. 1961, in: Cofalla, Briefe, S. 383f.

